

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung.

Ersteinst 18mal wöchentlich.
Bezugspreis:
Abnehmer monatl. 70 P., vierteljährlich 2.10 M.
Durch Träger und Agenturen:
Monatl. 80 P., vierteljährlich 2.40 M.
frei ins Haus.
Durch die Post: Monatl. 1 M.,
vierteljährlich 3 M. (ohne Bestellgebühr).
Jahrsabonnement:
Unter Kreuzband 15 M. vierteljährlich.

Verlag und Redaktion: Nikolaistraße 11. Filiale: Mauritiusstraße 12.

Anzeigenpreise:
Die Anzeigenpreise in Wiesbaden 20 P.,
Deutschland 30 P., Ausland 40 P.,
Die Anzeigenpreise 1.50 M.
Anzeigen-Kundener:
Für Anzeigenpreise 100 P. mittags,
Morgens 10 Uhr bis 7 Uhr abends.
Fernsprecher:
Anzeige und Abonnement: Nr. 128,
Redaktion: Nr. 129; Verlag: Nr. 130.

54 Morgen-Ausgabe.

Freitag, 30. Januar 1914.

68. Jahrgang.

Tageschau.

Wie verlautet, wird der Kaiser in den nächsten Tagen über das Entlassungsgebet der elbsächsischen Regierung die Entscheidung treffen.

Im Reichstag wurde gestern die Weiterberatung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich gestern mit dem Gesetzentwurf und dem Domänenetat.

Auf der Fahrt von Bornholm nach Hamburg ist der deutsche Schoner „Vormarsch“ mit Besatzung untergegangen.

Der Kampf um die christlichen Gewerkschaften.

Von unserem sozialpolitischen Mitarbeiter.

Der im katholischen Lager neu und heftig entbrannte Kampf um die christlichen Gewerkschaften ist nicht nur in sozialpolitischer, sondern auch in politischer Hinsicht überaus bedeutsam. Zwischen der Zentrumspartei und den christlichen Gewerkschaften besteht ein zwar oft bestrittener, aber tatsächlich unüberbrückbarer enger äußerer und innerer Zusammenhang. Schon die Gründung der christlichen Gewerkschaften Ende der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war ebenso eine politische wie eine gewerkschaftliche Tat des Zentrums, gerichtet gegen die sozialdemokratische Hochflut, die die Zentrumswälle der westlichen Industriegegenden bedrohte. Hervorragende Gründer und Führer der katholischen Arbeitervereine wie Bruns, Wiesner, Dr. Pieper waren oder wurden bald danach einflussreiche Abgeordnete der Zentrumsfractionen im Reichstag und im preussischen Landtag, angesehene Zentrumsführer wie Prof. Döge, Trimborn u. a. protegierten die christlichen Gewerkschaften.

Nicht zum wenigsten der starke Schutz und Einfluss des Zentrums verschaffte der jungen, aufblühenden christlichen Gewerkschaftsrichtung ihren unerwartet großartigen Erfolg. Nach wenigen Jahren schon hatte sie die alten Christen-Dundern-Gewerkschaften, die bis dahin einzige bürgerliche Konkurrenz der sozialdemokratischen Gewerkschaften, an Mitgliederzahl und Leistung weit überflügelt und besetzte seitdem die zweite Stelle unter allen deutschen Arbeiterorganisationen. Gegen die heftigsten Angriffe der Sozialdemokratie und gegen noch schädlichere Angriffe aus den eigenen Reihen nahm sie an äußerer Macht und innerer Geschlossenheit zu und war auf dem besten Wege, innerhalb des Zentrums einen ähnlichen Einfluss zu erlangen wie ihn die sozialdemokratischen Gewerkschaften in der sozialdemokratischen Partei erstreben und teilweise schon haben.

Aber die Gegner im eigenen Lager wuchsen an dem Widerstand der neuen gewerkschaftlichen Richtung ihrerseits mit. Aus den „Fachabteilungen“, die aus gewerkschaftlichen Bedenken ein Herausstreben von besonderen Berufsvereinen aus der großen, katholischen Gesamtarbeiterschaft bekämpften und nur eine Organisation zu Fachabteilungen innerhalb der großen katholischen Arbeiter- und Gesellenverbände gutheissen wollten, entstanden „die Berliner“, die aus kirchlich-katholischen Gründen das Zusammengehen der katholischen mit den evangelischen Arbeitern in gemeinsamen christlichen Gewerkschaften mißbilligten und „die Kölner“ als minder gute Söhne der Kirche hinausstießen sich bemühten. Der Streit griff, wie man weiß, aus dem katholischen Arbeiterlager auf die katholische Presse über und zog zuletzt auch das Zentrum und die katholischen Bischöfe in seine Wellen. Während sich das Zentrum geschlossen hinter die christlichen Gewerkschaften stellte und die einzige Ausnahme, den Grafen von Oppersdorf, aus seinen Reihen ausmerzte, bewährte der deutsche Episkopat zunächst eine abwartende Stellung. Als es dann den „Berliner“ gelang, die päpstliche Enzyklika „singulari quadam“ zu extrahieren, die den rein-katholischen Arbeiterbestrebungen vollstes Lob spendete, die „christlichen Gewerkschaften“ dagegen nur dulden zu können erklärte, kam es auch innerhalb des Episkopates zu vielbeachteten Meinungsverschiedenheiten. Die geistlichen Vorkämpfer der „Berliner“, Kardinal Fürstbischof v. Kopp-Breslau und Bischof Korum von Trier traten offener als vordem gegen den gewerkschaftlich „versuchten“ Westen auf und der verstorbenen Erzbischof Fischer von Köln mit dem Bischof von Paderborn gaben sich deutlicher als bisher als Freunde und Beschützer der christlichen Gewerkschaften zu erkennen.

Um den ärgerlichen Streit einzufrieden, wurde eine verständliche „authentische Interpretation“ der Enzyklika durch die Bischöfe veröffentlicht und nachher auf dem Weier-

Katholikentag feierlich Friedensschluß zwischen „Berlinern“ und „Kölnern“ verkündet. Die christlichen Gewerkschaftsführer erhoben wieder hoffnungsvoll ihre Häupter und wehrten die Beschuldigung zahlreicher sozialdemokratischer Zeitungen, sie hätten ihre gewerkschaftliche Unabhängigkeit ihren kirchlichen Oberen preisgegeben, durch Proteste auf einem außerordentlichen Gewerkschaftskongress in Offen vorigen Herbst und durch einen großen Veleidigungsprozeß vor einigen Wochen ab. Bei beiden Gelegenheiten betonten sie indessen ihre volle Unabhängigkeit in so starken Ausdrücken, daß jetzt der Vorsitzende des deutschen Episkopats, Fürstbischof v. Kopp, in einem, vom Grafen Oppersdorf veröffentlichten Brief dieses Verhältnisses der Gewerkschaftsführer bedauert, die „authentische Interpretation“, die nur eine private Ausarbeitung des Paderborner Bischofs darstelle, als wirkungslos und verwirrend preisgibt und ausdrücklich mitteilt, daß auch an anderer Stelle, also offenbar in Rom, seine Ansichten und Urteile über das Verhalten der katholischen Arbeiterführer geteilt würden.

Damit ist nicht nur in der katholischen Arbeiterschaft, in der katholischen Presse und in politischen Zentrumskreisen, sondern — was noch nie erlebt wurde — auch im katholischen Episkopat das Feuer der Zwietracht zu heller Flamme entzündet. Schon veröffentlicht die gewerkschaftsfreundliche Presse der „Kölner“ einen anderen, diametral widersprechenden Brief des Fürstbischofs vom November 1912 und die Nachricht, daß Justizrat Dr. Porsch jetzt sein Amt als fürstbischöflicher Konsistorialrat niedergelegt habe. Schon wird aus Rom gemeldet, daß auch die Kurie über den neuen Kopp-Brief bestürzt sei und die Bloßstellung des Paderborner Bischofs Dr. Schulte aufs lebhafteste bedaure. Natürlich werden auch die christlichen Gewerkschaftsführer nicht schweigen dürfen. Es ist offenbar, daß augenblicklich eine nie bisher gekannte Verwirrung und Ratlosigkeit im politischen und gewerkschaftlichen Lager des Zentrums Platz gegriffen hat, und der Ausgang des Ganzen läßt sich noch nicht entfernt absehen.

B. R.

Das Christentum in Japan.

Man teilt uns folgendes mit:

Noch immer ist in weiten deutschen Kreisen die Meinung verbreitet, die Japaner seien ein unfommes Volk, sie hätten keinen religiösen Sinn und wollten keine Religion. Dabei kann man in Japan kaum einen Kilometer weit gehen, ohne auf Tempel zu stoßen, in denen auch am Mittag Männer und Frauen andächtig beten. Hunderttausende besuchen die Tempelfeste aus innerstem eigenen Antrieb.

In manchen Kreisen der Japaner freilich, die mit der religionsfeindlichen Strömung der europäischen Wissenschaft in Verbindung gekommen waren, war früher die Meinung verbreitet, gebildete Menschen unserer Zeit seien über alle Religion. In der japanischen Regierung herrschte früher auch die Meinung, Religion sei für das heutige Japan nebensächlich. Viel nötiger sei Förderung nützlichen, praktischen Wissens, Hebung des Handels und der Industrie, Verstärkung des Heeres und Ausbau der Flotte. Man achtete alle idealen Güter gering.

Die Folge war eine sittliche und soziale Entartung gerade der Volksklasse, die mit der europäischen Kultur in Verbindung kamen. Ja, auch die noch unberührten Volksklassen ergriff eine sittliche Zerrüttung. Nun erwachte die Sorge der führenden Kreise: Was soll und kann dagegen geschehen?

Da war es der damalige Vizeminister des Innern Tokonami, der im Jahre 1911 das Leben der europäischen Völker auf einer langen Reise studierte, der der Regierung seine Meinung dahin ausdrückte: Die Wurzeln der Kraft der westlichen Völker saugen ihre Nahrung aus der Religion, aus dem Christentum. Darum müsse Japan das religiöse Leben wieder stärken und auch das japanische junge Christentum, das Werk der Missionsarbeit, fördern.

Die japanische Regierung hatte bis dahin das Christentum immer als eine verderbliche Macht angesehen, hatte Lehrer und Beamte, die ihr Christentum betätigten, kassiert, hatte die Schulkinder vor dem Besuch christlicher Sonntagsschulen warnen lassen usw. Dabei waren die Christen treue Bürger und zeichneten sich durch sittenreines Leben aus.

Nun ward das Urteil und Verhalten der Regierung den christlichen Fragen gegenüber anders. Am 25. Febr. 1912 berief das Ministerium eine Konferenz von Priestern des Schintoismus und Buddhismus und von Predigern des Christentums. Hier ward das Christentum zum ersten Male in Japan als eine wichtige und heilsame Sache anerkannt. Die Beratungen behandelten die Frage, wie die drei Religionen das sittliche und geistige Leben des Volkes fördern könnten.

Am 1., 3. und 4. November 1913 hat der Unterrichtsminister, dem jetzt alle religiösen Angelegenheiten unterstellt sind, eine zweite Religionskonferenz in Tokio abgehalten. Der Minister hat diesmal die Vertreter der drei Religionen nicht in einer Beipredung vereinigt, sondern hat Sonderkonferenzen mit den Vertretern der drei Reli-

gionen abgehalten. In einer Ansprache, die im wesentlichen gleichlautend war, hat er die Religionen aufgefördert, sie möchten als Prediger und Lehrer nur sehr gut wissenschaftlich gebildete und sehr charakterfeste Männer anstellen und möchten ihre Liebeswerke zur Bekämpfung allgemeiner Nothstände ausbauen. Den Vertretern des Schintoismus und des Buddhismus hatte er außerdem noch gesagt, unter den Priestern seien sehr viele unwissende und charakterlose Leute. Diese Bemerkung hat er in der Ansprache an die Christen fortgelassen. Er konnte das den Christen auch nicht sagen. Denn auf die christlichen Prediger trifft das nicht zu.

Auf die Ansprache des Ministers haben eine Anzahl christlicher Männer, vor allem Dr. Ybuka und Prediger Kozaki dem Minister folgende Wünsche der Christen an die Regierung in aller Offenheit und Klarheit vorgebracht.

In den letzten Jahren noch war den japanischen Schulen, die religionslos sind oder sein wollen, befohlen worden, regelmäßige Besuche der Shintotempel auszuführen. Auch die Christenfinder versuchte man dazu zu zwingen. Die Regierung werde gebeten, einen solchen Druck, der der Verfassung widerspricht, nicht auszuüben. Auch sollte nun wirklich auch all und jede Beeinträchtigung der Christen aufhören. Die Regierung möge ferner gestatten, daß die Missionschulen christlichen Religionsunterricht in ihren Lehrplan aufnehmen dürften. Bisher darf das nicht sein. Man muß den Religionsunterricht gesondert halten. Die Regierung möge ferner zur Seelsorge in den Gefängnissen nicht nur Buddhistenpriestern zulassen, sondern auch christliche Prediger. Auch möge man bei der 1914 bevorstehenden feierlichen Kaiserkrönung des Kaisers Yoshihito die Christen als den andern gleichberechtigt behandeln.

In sehr freundlichen Worten sagte der Minister eine ernste Prüfung dieser Wünsche der Christen zu.

An diese offizielle Konferenz schloß sich dann noch eine Vereinigung von 300 Vertretern der drei Religionen an in Form einer geselligen Zusammenkunft. Diese gipfelte darin, daß ein Austausch von Vertretern der drei Religionen gebildet wurde, der jedes Jahr eine Zusammenkunft befehlen soll.

Das Christentum ergreift gern diese Gelegenheit mit den Priestern der andern Religionen zusammen zu kommen. So bekommen die christlichen Prediger Gelegenheit, die Schönheit und Herrlichkeit christlichen Geistes auf die Priester der andern Religionen wirken zu lassen. Darum kann man sich dieser zweiten Religionskonferenz von Herzen freuen.

Missionsinspektor Witte-Berlin.

Eine französische Millionenanleihe für Marokko.

Eine sehr bedeutende Anleihe ist eben von der französischen Kammer genehmigt worden. Die Kammer erörtere eine Vorlage, welche die Regierung des Protektorats Marokko ermächtigt, eine Anleihe von 170 Millionen Fr. zur Ausführung öffentlicher Arbeiten und zur Tilgung der Schulden des Reiches aufzunehmen.

Der Berichterstatter Long, der auf die verschiedenen Einwendungen antwortete, sagte ausdrückend, daß die Vorlage 500 000 Fr. für Eisenbahnstudien vorsieht. Der Bau dieser Eisenbahnen soll in dem wirtschaftlichen Programm inbegriffen sein. Long wies die Verächterung für die Wahl von Casablanca als Hafen und für die dortigen Hafenarbeiten unter Angabe von Gründen wirtschaftlicher und militärischer Natur nach. Der Berichterstatter fügte hinzu, daß das Protektorat Vorräthe gewähre, die es durch eine Taxe auf den Tonnengehalt der Schiffe decken werde. Ministerpräsident Doumergue führte aus, daß 30 Millionen der Anleihe zur Tilgung früherer Schulden dienen sollen und 140 Millionen für die kommenden Ausgaben vorgesehen sind. Der Ministerpräsident erklärte, daß das Parlament demnach sich über eine Vorlage zum Bau einer Eisenbahn von Tanger nach Fez auszusprechen haben werde, die das erste Glied der marokkanischen Eisenbahn bilden werde. Zum Schluß bat Doumergue die Kammer, für die Gesetzesvorlage zu stimmen, welche die wirtschaftliche Größe Nordafrikas und Frankreichs mächtig unterstützen werde. Die Vorlage wurde durch Handaufheben einstimmig angenommen.

Kurze politische Nachrichten.

Die Festsetzung der Matrikularbeiträge für 1914.

Die Matrikularbeiträge für 1914 sind jetzt nach den Beschlüssen des Bundesrats neu festgesetzt worden. Mit drei Ausnahmen sind die neuen Matrikularbeiträge geringer bemessen als die für 1913. Im einzelnen betragen die Matrikularbeiträge für Preußen 153 923 296 M., Bayern 23 988 350 M., Sachsen 18 411 637 M., Württemberg 8 904 434 M., Baden 8 211 454 M., Hessen 4 913 146 M., Mecklenburg-Schwerin 2 432 488 M., Sachsen-Weimar 1 600 573 M., Mecklenburg-Strelitz 407 913 M., Oldenburg 1 851 137 M., Braunschweig 1 894 438 M., Sachsen-Meiningen 1 066 837 M., Sachsen-Altenburg 828 258 M., Sachsen-Coburg und Gotha 985 569 M., Anhalt 1 268 971 M., Schwarzburg-Sondershausen 344 584 M., Schwarzburg-Rudolstadt 385 917 M., Waldeck 298 477 M., Rheinl. ältere Linie 278 809 M., Rheinl. jüngere Linie 585 385 M., Schaumburg-Lippe 178 783 M., Lippe 578 428 M., Lübeck 446 837 M., Bremen 1 147 858 M., Hamburg 3 888 436 M., Elbich-Vöhringen 7 178 649 M. Die Gesamtsumme der Matrikularbeiträge beläuft sich auf

245 958 224 gegen 255 410 818 M. im Jahre 1913. Sie beträgt mithin 9 461 004 M. weniger.

Durch das neue Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz

soll bekanntlich ehemaligen Deutschen die Wiedererlangung ihrer deutschen Staatsangehörigkeit erleichtert werden. Da über die näheren Bestimmungen des neuen Gesetzes bei den Auslandsdeutschen Unklarheiten herrschen, so sind die kaiserlichen Vertreter im Auslande angewiesen worden, innerhalb ihres Wirkungskreises auf die Bestimmungen des neuen Gesetzes hinzuweisen und bereitwilligst Auskünfte zu erteilen und Anträge auf Wiedererlangung der Staatsangehörigkeit zu fördern. Auch das Auswärtige Amt ist bereit, solche Fragen bereitwilligst zu beantworten.

Erledigtes freikonserbatives Mandat.

Im Abgeordnetenhaus ist durch die Berufung des bisherigen freikonserватiven Abgeordneten Dr. Engelbrecht ins Herrenhaus im Wahlkreis 10. Schleswig-Holstein (Steinburg) eine Ersatzwahl notwendig geworden. — Das Mandat gehört zum sicheren Bestande der freikonserватiven Fraktion.

Die Entschädigungsansprüche der kolumbianischen Regierung.

Aus New-York wird gemeldet: Die kolumbianische Regierung verlangt für die Abtretung des Gebietes, auf dem der Panamakanal gebaut worden ist, eine bedeutende Entschädigung. Sie soll 40 Millionen Dollars betragen. In Washington bezeichnet man diese Forderung als lächerlich, da mehr als 25 Millionen Dollars für den Verlust der Panamakanalzone als Entschädigung an die kolumbianische Regierung gezahlt werden können.

Heer und Flotte.

Personalveränderungen in der Armee.

(Fortsetzung.)

* v. Studitz, Oberst im Generalstabe der 1. Armee-Inspr., wurde der Rang usw. eines Brig.-Kom. verliehen. In Obersten wurden befördert die Oberstleutnants * Oepdemann, Kom. des Kür.-Reg. von Seydlitz (Magdeburg) Nr. 7, * v. Baumbach, Kom. des Hus.-Reg. von Jütern (Brandenburg) Nr. 3, * Brhr. Penn v. Henneberg, Major beim Stabe des 2. Leib-Hus.-Reg. Königin Viktoria von Preußen Nr. 2, wurde unter Verlegung zum Hus.-Reg. von Eßlt (1. Schl.) Nr. 4 mit der Führung dieses Reg. beauftragt. * Meyer, Rittmeister und Eskadronschef im Magdeburg. Drag.-Reg. Nr. 6, wurde zum überzähligen Major befördert. * Gronau, Oberst und Kom. des 4. Garde-Feldart.-Reg., wurde zum Kom. der 22. Feldart.-Bria. ernannt. * v. Bernuth, Oberstlt., beim Stabe des 1. Garde-Feldart.-Reg., wurde zum Kom. des 4. Garde-Feldart.-Reg. ernannt. In Obersten wurden befördert die Oberstleutnants * von Sandart, Kom. des 4. Leib-Feldart.-Reg. Nr. 70, * von Erllger, Kom. der 2. Großherzog. Hess. Feldart.-Reg. Nr. 61, * Burckhardt, Oberstlt., beauftragt mit der Führung des 2. Württemberg. Feldart.-Reg. Nr. 40, wurde beauftragt zur Ernennung zum Kom. dieses Reg. in dem Kommando nach Württemberg beauftragt. * Hecht, Oberstlt., beauftragt mit der Führung des Feldart.-Reg. Nr. 71 Groß-Komtur, wurde zum Kom. dieses Reg. ernannt. * v. Grimm, Oberstleutnant beim Stabe des 1. Nassau. Feldart.-Reg. Nr. 27 Dranien, wurde zum Kom. des Feldart.-Reg. von Holzhendorf (1. Rhein.) Nr. 8 ernannt. * v. Sella, Major und Abt.-Kom. im Feldart.-Reg. von Holzhendorf (1. Rhein.) Nr. 8, wurde zum Stabe des 1. Nassau. Feldart.-Reg. Nr. 27 Dranien versetzt. * Gerstenberg, Major und Abt.-Kom. im 1. Nassau. Feldart.-Reg. Nr. 27 Dranien, wurde als Kom. der Reitt. Abt. in das Feldart.-Reg. von Holzhendorf (1. Rhein.) Nr. 8 versetzt. * Brand, Major beim Stabe des 3. Leib-Feldart.-Reg. Nr. 60, wurde unter Verlegung in das 1. Nassau. Feldart.-Reg. Nr. 27 Dranien zum Abt.-Kom. ernannt. * Engelhorn, Hauptmann beim Stabe des 2. Nassau. Feldart.-Reg. Nr. 68 Frankfurt, wurde zum überzähligen Major befördert. * Weppert (Karl), Oberstlt. im 2. Großh. Hess. Feldart.-Reg. Nr. 61, wurde zum überzähligen Hauptmann befördert. * Ernann wurden * Wolff, Gen.-Maj. und Kom. des Fuhrart.-Reg. von Hinderlin (1. Pomm.) Nr. 2, zum Kom. der 3. Fuhrart.-Bria. * Schaubode, Oberstleutn. beim Stabe des Fuhrart.-Reg. General-Feldzeugmeister (Brandenburg) Nr. 3, zum Kom. des Fuhrart.-Reg. von Hinderlin (1. Pomm.) Nr. 2, * Trömer, Oberstlt., beauftragt mit der Führung des 2. Pomm. Fuhrart.-Reg. Nr. 15, zum Kom. dieses Reg. * Brauns, Major und Abt.-Kom. im 2. Pomm. Fuhrart.-Reg. Nr. 15, wurde zum Stabe des Fuhrart.-Reg. General-Feldzeugmeister (Brandenburg) Nr. 3 versetzt. * v. Mertens, Gen.-Major und Abt.-Chef im Jng.-

Komitee, wurde zum Insp. der 3. Pionier-Inspr. ernannt. * Schultheis, Oberst und Chef des Stabes der Gen.-Inspr. des Jng.- und Pionierkorps und der Festungen, wurde der Rang usw. eines Brig.-Kom. verliehen. * Duentin, Oberstleutn. und Kom. der Pioniere des 7. Armeekorps, wurde zum Obersten befördert. * Kunge, Hauptmann und Kompaniechef im Eisenbahn-Reg. Nr. 2, wurde ein Patent seines Dienstgrades verliehen. * Strebing, Oberst im Eisenbahn-Reg. Nr. 3, wurde unter Beförderung zum Hauptmann, vorläufig ohne Patent, als Komp.-Chef in das Eisenbahn-Reg. Nr. 2 versetzt. Versetzt wurden die Feuerwerksleutnants * Kahan beim Art.-Depot in Karlsruhe zum Art.-Depot in Mainz, — Benell beim Art.-Depot in Mainz zum Art.-Depot in Karlsruhe. Zu Oberleutnants wurden befördert die Leutnants * Quade im 5. Großh. Hess. Inf.-Reg. Nr. 168, v. Klotow im Leib-Drag.-Reg. (2. Großh. Hess.) Nr. 24, * Weßhoff, Rittmeister im 1. Nassau. Inf.-Reg. Nr. 87, wurde zum Leutnant mit Patent vom 28. Januar 1912 befördert. Zu Rittmeistern wurden befördert die Unteroffiziere * Gares im Inf.-Reg. Prinz Carl (4. Großh. Hess.) Nr. 118, * Schmitz im Magdeburg. Drag.-Reg. Nr. 6, * v. Hbell im Thür. Man.-Reg. Nr. 6, * Anadus im 2. Großh. Hess. Feldart.-Reg. Nr. 61, * v. Grimm, Witzwachtmeister im 2. Nassau. Feldart.-Reg. Nr. 63 Frankfurt, wurde zum Rittmeister ernannt. (Schluß folgt.)

Den Kaiserpreis beim jüngsten Diskantat der Kavallerie-Offiziere des 17. Armeekorps erhielt einem Bericht aus Danzig zufolge Prinz Friedrich Karl von Preußen. Studienreise einer schweizerischen Militärkommission nach Deutschland. Aus Zürich wird berichtet: Eine schweizerische Militärkommission, bestehend aus den Obersten Audeoud, Müller und v. Battenwyl sowie dem Major Hilfler, die mit den Studien zum Anlauf von Militärflugzeugen betraut wurde, wird sich jetzt nach Deutschland begeben. Sie wird sich zehn Tage in Berlin, Frankfurt a. M., Leipzig und München aufhalten. Der Kommission ist der Flieger Oskar Bider als Sachverständiger beigegeben worden.

Landtagsverhandlungen.

(Telegraphischer Bericht der „Wiesbadener Zeitung“.)

Abgeordnetenhaus.

h. Berlin, 29. Januar 1914.

Am Ministertisch: Freiherr von Schorlemer, von Dettlingen.

Der Geschäftsetat. 2. Tag.

Abg. Hofer (Soz.): Die Remontekommission darf die kleinen Leute nicht ungerecht behandeln. Die großen Besitzer bevorzugen. Die politische Gewinnung spielt eine Rolle (Widerstand rechts).

Abg. v. Pappenheim (kons.): Die Pferdezucht hat nicht nur für die Landwirtschaft eine große Bedeutung, sondern auch für die Wehrkraft des Landes. Im Interesse des Landes nimmt die Landwirtschaft sehr große Kosten auf sich. (Zurufe bei den Soz.) Ich gebe zu, daß die Abordnung viele schwere Bestimmungen enthält, aber diese sind durch aus notwendig, weil nur auf diese Weise ein brauchbares Militärpferd gezüchtet werden kann. Falls ich es, daß hierbei die Großgrundbesitzer bevorzugt werden. Daß die Kommission heute ein Pferd bei einem Besitzer zurückweist und kaum ein paar Tage später bei einem Händler kauft, ist ein Irrtum, der passieren kann. Herr Bachhorst de Wente ist eine Person für sich. Er hält es für seine Lebensaufgabe, Unfrieden zwischen kleinem und großem Grundbesitz zu säen. (Stürmischer Widerspruch links. Erregte Zwischenrufe bei den Rekt.) Er bemüht sich, der Adjutant der Sozialdemokraten zu sein. (Stürmischer Widerspruch links, erregte Pfuirufe bei den Rekt.) Herr Bachhorst de Wente hat seine Behauptungen nicht bewiesen und wollte doch vorsichtig sein. Die Provinz Hannover kann froh sein, daß sie ihren bewährten Landstallmeister hat und daß nicht Herr Bachhorst de Wente Landstallmeister dort ist. (Weisfall rechts, Zwischenrufe links.) Ich bitte die Geschäftsverwaltung nach Möglichkeit bei den Produzenten und nicht bei den Händlern zu kaufen.

Abg. Johansen (freikons.) weist ebenfalls die Vorwürfe des Abg. Hofer und des Abg. Bachhorst de Wente zurück.

Abg. v. Bonin-Stormarn (freikons.): Ich bitte beim Remontekauf möglichst die kleinen Besitzer zu berücksichtigen.

Abg. Nehren (freikons.) erhebt gleichfalls Widerspruch gegen die Behauptung, daß beim Remontekauf ein Unterschied zwischen großen und kleinen Besitzern gemacht wird.

Abg. Barenhorst (freikons.): Die Vorgänge im Vorjahre werden damit entschuldigt, daß plötzlich ein großer

Pferdebedarf entstanden sei. Aber dies ändert doch nichts an der Tatsache, daß vielfach die kleinen Besitzer benachteiligt wurden und die Händler den Vorteil hatten. Wünschenswert wäre es, wenn es in Zukunft bekannt gemacht würde, wieviel Pferde jährlich gebraucht werden.

Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer:

Die Beunruhigung hinsichtlich der Maßnahmen der Militärverwaltung ist nicht begründet. Die Zahl der Vollblutpferde ist nach der neuesten Vermehrung um etwa 5 Prozent erhöht worden. Wenn in letzter Zeit in der Provinz Hannover verhältnismäßig wenig Pferde gekauft worden sind, so ist zu berücksichtigen, daß die Remonte-Ankaufskommission in der Hauptsache schwere Kavalleriepferde kauft und daß es sehr leicht möglich ist, daß in der Provinz Hannover das gefuchte leichte Kavalleriepferd nicht in entsprechender Zahl vorhanden ist. Ich will mich nicht der Verpflichtung entziehen, auch gegenüber der Militärverwaltung die Interessen der Züchter wahrzunehmen und mit dem Kriegsminister in Verhandlungen zu treten. Nach den Erklärungen des Kriegsministers bin ich davon überzeugt, daß die Militärverwaltung in Zukunft nach Kräften bemüht sein wird, direkt vom Züchter zu kaufen. Dann werden wir allerdings ebenso wie auf allen anderen Gebieten auch beim Pferdehandel die Händler nicht ausschließen können. Der privatim Pferde kaufen will, wird sie auch lieber beim Händler als beim Nachbar kaufen. Schon deshalb, weil er, wenn der Kauf ein ungünstiger ist, auf den Händler schimpfen kann, was der Nachbar sich nicht gefallen läßt. Die in Oldenburg angekauften Hengste kommen zum größten Teil auch aus Hannover, da sie als Fohlen aus Hannover gekommen waren. Wir werden aber, sobald es möglich ist, auch beim Ankauf von Remonten die Provinz Hannover berücksichtigen. Die Tätigkeit des Landstallmeisters in Hannover erkenne ich auch durchaus an und hoffe, daß er noch recht lange auf seinem Posten bleiben wird. Zu meinem Bedauern hat der Abg. Hofer versucht, auch in der Provinz Oldenburg einen Gegensatz zwischen Groß- und Kleinbesitz zu konstruieren. Ich kann daher den Abg. Hofer nur bitten, hier nicht allgemeine Ansichten und unbegründete Beschuldigungen zu erheben, sondern Tatsachen anzuführen und diese Tatsachen zu beweisen (Weisfall). Ich kann heute nur darauf hinweisen, daß alle Klagen, die gegen die Remonte-Ankaufskommission, gegen die großen Pferdebesitzer und gegen die Geschäftsverwaltung erhoben wurden, völlig unbegründet sind.

Abg. Hofer (Soz.): Ich habe gesagt, daß die kleinen Besitzer im Osten benachteiligt wurden und Herr Bachhorst de Wente führte dieselben Tatsachen vom Westen an. Es muß also doch etwas daran sein.

Abg. Bachhorst de Wente (kons.): Herr v. Pappenheim hat mir einen schweren Vorwurf gemacht, ich betrachte es als meine Lebensaufgabe, die Kleinen gegen die Großen aufzuheben. Diesen Vorwurf weise ich zurück. Ist es denn verboten, sich der kleinen Besitzer anzunehmen? Das allerdings tue ich und ich habe ebenso gut das Recht für die kleinen und mittleren Besitzer einzutreten, wie Sie für die großen. Ich bin wiederholt im Osten gewesen und auch da haben mir die kleinen Besitzer einmütig gesagt, daß sie sich zurückgelehnt hätten. (Weisfall bei den Rekt.)

Abg. Vohmann (natl.): Die Angriffe gegen den Abg. Bachhorst de Wente weise ich entschieden zurück. Es besteht in keiner Weise ein Gegensatz zwischen unserer Fraktion und Herrn Bachhorst de Wente. Es ist nichts geändertes, was solche Bemerkungen, wie die des Herrn von Pappenheim, irgendwie rechtfertigen könnte. Sie unterlassen unter Selbstgefühl, wenn Sie meinen, daß wir uns so etwas ruhig gefallen lassen. (Weisfall bei den Rekt.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Wegen der Vermengung der Nationalliberalen und Sozialdemokraten muß ich mich wenden, namentlich nach den kürzlichen Ausführungen des Abg. Köhling, hoffentlich bald von Köhling. Will jemand die kleinen Besitzer gegen die großen in Schutz nehmen, dann verläßt Herr von Pappenheim immer in seinen Kammerherrn.

Abg. Hahn (kons.): Weder Herr Bachhorst de Wente noch Herr Hofer haben einen Beweis dafür erbracht, daß die Großen vor den Kleinen von der Remonte-Kommission bevorzugt werden. Den Wechsel in den Anforderungen für die Militärpferde haben die Züchter allgemein unangenehm empfunden. Herr Bachhorst de Wente hat seine Ausführungen nur aus agitatorischen Gründen gemacht. Ich zweifle, daß ein großer Teil der Nationalliberalen mit dem übereinstimmt.

Abg. Bachhorst de Wente (natl.): Ich muß mich mit Entschiedenheit dagegen verwehren, daß ich unserem Offizierskorps einen Vorwurf bei der Remonte-Kommission machen wollte. Es ist ja seit Jahren üblich, gegen uns mit solchen Verdächtigungen vorzugehen. Wir lieben unsere Armee ebenso wie die Herren auf der Rechten. Die Tätigkeit des Landstallmeisters von Grabensee habe ich auch anerkannt. Ich habe ihn als durchaus zuverlässigen Land-

Die Herrin von Perifori.

Original-Roman von Hans Veder, Wiesbaden.

(12. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Aniela kannte seine Art, sie ging darauf ein: „Wie läßlich, daß Sie so besorgt um unseren Ruf sind, aber Sie können sich freier bewegen. Ich reise morgen fort, komme so bald nicht nach Berlin, die Baroness kennt niemand. Auch sie keinen Menschen.“

Sie nahm Hannas Hand und drückte sie: „Armes Herzchen. Nun werden Sie wieder ganz allein sein. Werden Sie sich nach mir bängen — ja? Dann packen Sie auf und kommen nach. Das wäre herrlich. Herr Olaf hat gewiß nichts dagegen, wenn er hier aus dem Steinhaufen herauskommt. Er steht Berlin nicht.“

Volten horchte auf: Herr Olaf?

Er wollte sich gerade über den Besitzer dieses Namens Auskunft erbitten, als das Auto vor dem Hotel hielt, der Portier heranzog. Er hatte eine Bestellung für Aniela:

„Die gnädige Frau lassen das gnädige Fräulein bitten, gleich nachzukommen. Die gnädige Frau hätte noch eine Anprobe und wünsche, daß gnädiges Fräulein ebenfalls nochmals — darf ich dem Chauffeur die Adresse sagen?“

Aniela sah auf Hanna:

„Fahren Sie mit?“

Die schüttelte den Kopf:

„Nein, Liebste. Ich will nicht hören, wir müssen uns hier Adieu sagen. Lassen Sie Ihre Mama nicht warten.“

Sie erhob sich von ihrem Sitz, beugte sich zu Aniela hinunter und küßte sie:

„Leben Sie wohl, schreiben Sie bald.“

„Werden Sie nachkommen?“

Hanna hob die Schultern:

„Vielleicht. Wenn ich sehr traurig werde.“

Volten war schon herabgesprungen und hielt die Tür des Autos geöffnet; als Hanna ausgestiegen war, wendete er sich schnell zu Aniela zurück. Er küßte ihr die Hand:

„Leben Sie wohl, gnädiges Fräulein. Vielen herzlichen Dank.“

Die Polin sah ihn erannt an:

„Danke? Für?“

Er antwortete nicht, sein Blick ruhte auf Hanna. Da

perkand Aniela, sie sagte leise, nur ihm vernnehmbar:

„Ich begreife — weil ich Sie nicht aus dem Wagen gejagt, wie es hätte sein sollen, aber hüten Sie sich, bleiben Sie der Frauenfeind, der Sie zu sein vorgeben, bei der Baroness haben Sie kein Glück, die mag Sie nicht.“

Volten war zurückgetreten, das Auto setzte sich in Bewegung. Über der Rückwand erschien die kleine Hand Aniela, unaussprechlich winzige. Hanna sah das kaum, sie stand da und rührte sich nicht. Es war alles so schnell gegangen, sie wurde sich jetzt erst so recht bewußt, daß sie nun wieder ganz allein sein würde.

„Soll ich ein Auto rufen?“

Sie zuckte ein wenig zusammen, als sie Volten's Stimme hörte, sie hatte nicht darauf geachtet, daß er hinter ihr stehen geblieben war. Sie empfand es peinlich, daß er ihr noch seine Gesellschaft anbot, sodas ihre Antwort ein wenig hochfahrend klang:

„Ich danke. Ich gehe zu Fuß.“

Mit kurzem Gruß wendete sie sich von ihm ab und schritt vorwärts. Volten blieb trotzdem an ihrer Seite.

„Gestatten Baroness, ich habe den gleichen Weg.“

Sie schweig. Sie konnte ihn nicht hindern, neben ihr her zu gehen. Aber er erschien ihr wieder so unsympathisch wie bei der ersten Begegnung.

An ihr sah nachträglich gemachtes Zugeständnis, daß er wohl nicht so unaussprechlich sei, wie sie unter dem ersten Eindruck gefunden, dachte sie jetzt nicht, auch daran nicht, daß sie ihn im Kino bewundert. Namentlich, wie er zu Pferde gefahren, mit welcher Kühnheit er geritten war.

Das war verrückt, als er heute ins Auto gesprungen war.

Eine Weile waren sie gegangen, plötzlich packte Volten sie am Arm und riß sie von der Vorstiege zurück — im nächsten Augenblick jagte ein Auto dicht daran vorbei.

Hanna hatte es nicht gesehen, auch das Warnungssignal nicht gehört. Sie hatte schon den ersten Schritt getan gehabt, um in die Straße herabzutreten; sie wurde jetzt gewahr, welcher Gefahr sie ausgesetzt gewesen.

Sie blieb stehen und atmete tief auf. Erst als sie ihre Fassung wiedergewonnen, konnte sie sprechen:

„Ich danke Ihnen, das hätte schlimm werden können.“

Er sagte:

„Keinen Dank, Baroness. Ich konnte Sie doch nicht vor meinen Augen unter die Räder kommen lassen.“

Nur eine kleine Lehre sollten Sie daraus entnehmen: Wenn eine Dame in Berlin fremd, mit dem Straßenleben nicht vertraut ist, darf sie nicht allein gehen, muß sich eine Begleitung, wenn auch eine unerwünschte, gefallen lassen. Das ist noch immer erträglicher, als zu Schaden zu kommen.“

Sie errötete. Seine Worte schienen sie zu verhöhnen, sie war erzürnt, daß sie ihm zu Dank verpflichtet war.

In halb scherzendem Tone sprach er jetzt weiter:

„Wenn Ihnen aber die Last des nicht angenommenen Dankes zu schwer sein sollte, — ein Mittel gibt es, sich schnell und leicht davon zu befreien: beantworten Sie mir eine Frage.“

Wieder eine seiner Absonderlichkeiten: was konnte er fragen wollen?

Aber sie konnte ihn jetzt nicht gleich wieder zurückweisen, er hatte ihr eben das Leben gerettet. Sie sagte:

„Fragen Sie.“

Er hatte die Zusage wohl erwartet, denn seine Frage klang schnell:

„Wer ist Herr Olaf?“

Hanna blieb stehen und sah ihn an. Plötzlich lachte sie. Sie konnte nicht anders, sie mußte lachen trotz des eben gehaltenen Schreckens.

Als sie ihm jedoch dabei ins Gesicht sah, eine nervöse Spannung darin zu lesen glaubte, sagte sie schnell:

„Was wissen Sie von — Herrn Olaf. Woher kennen Sie den Namen?“

Er zögerte ein wenig, dann gestand er ein:

„Fräulein Savolska sprach vorher diesen Namen aus. Sie sagte: Herr Olaf wird gewiß einverstanden sein.“

Plötzlich, wie in Wut darüber, daß sie eine Gegenfrage gestellt, ihn auf die Antwort warten ließ, forderte er ihn fast brüskem Ton:

„Lassen Sie mich nicht warten, Sie haben mir erlaubt zu fragen.“

Gegen eine solche Art, mit ihr zu sprechen, ihr in einem solchen Ton Befehlen zu wollen, lehnte sie sich auf. Wie durfte er sich eine solche Sprache erlauben, sie wollte nun gar nicht antworten — wandte sich schnell und ging weiter, wobei sie, ohne zu denken und ohne zur Seite zu sehen, von neuem den Fuß über die Vorstiege setzte.

(Fortsetzung folgt.)

hallweiser bezeichnet. Freiherr von Jedlich hat einmal über Dr. Bohn das Urteil gefällt, er sei der größte Meister in der politischen Klopfschere (Große Freiheit links).
Abg. Dr. Bohn (konf.): Freiherr von Jedlich hat auch einmal von den National Liberalen als von der Fraktion Drehscheibe gesprochen. Wir wollen das kompensieren. (Gelächter.)

Die ordentlichen Ausgaben werden bewilligt. — Bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben findet sich auch ein Posten von 350.000 Mark zum Ankauf von Grundstücken zur Errichtung eines staatlichen Volkshochschuls in Altfeld bei Eschwege (Bez. Kassel).

Abg. Schmieding (Str.): Wir stimmen aus Zweckmäßigkeitsgründen dafür.

Abg. Dr. Wendlandt (natl.): Wir sind mit dieser Forderung einverstanden. Altfeld hat einen fast kreisförmigen Boden und eine reine, kesselförmige Luft. Gerade für die Pferdehaltung ist diese Gegend hervorragend geeignet. Die vom offiziellen Telegraphenbüro verbreitete Nachricht, daß wir gegen die Errichtung sind, ist nicht richtig. Wir werden dafür stimmen. Wir hätten nur eine andere etwas mächtige Regelung gewünscht. Man hätte den Domänenkauf nicht in Anspruch nehmen sollen. Man hätte ebenso wie die hier verlangten 350.000 Mark die ganze Kaufsumme dem allgemeinen Fond entnehmen sollen.

Abg. v. Vappenheim (konf.) erklärt sich gleichfalls für die Forderung, schließt sich jedoch den etatsmäßigen Bedenken des Vorredners an.

Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer: Wir würden die Übernahme des ganzen Kaufpreises in die Extra-Ordinarien der Gehaltsverwaltung befürworten haben, falls der Finanzminister diesem Vorschlag zustimmen würde. Das war nicht der Fall und wir mußten den Domänenkauf in Anspruch nehmen. Für den Augenblick dürfte die Zustimmung genügen, daß wir für den Ankauf von Altfeld vollen Erfolg leisten durch Herausgabe derjenigen Bestandteile von Grundstücken, die demnach durch Vermittlung des Hauptgelehrten Grady und nach ihrer Verlegung nach Altfeld frei werden. (Beifall.)

Der Votum für Altfeld wird bewilligt. Ebenso der Rest des Gehaltsstats.

Es folgt

der Domänenetat.

Abg. Wohlfahrt (natl.): Man sollte mehr als bisher den kleinen Besitzern die Möglichkeit gewähren, ihren Besitz zu vergrößern. Hierdurch kann man wirklich der Landflucht entgegenwirken.

Abg. Delfs (fortsch. Vp.): Mit Befriedigung haben wir gesehen, daß die Verpachtung der Domänen diesmal einen viel höheren Ertrag ergeben und daß man Land an die Gemeinnützige Gesellschaft abgegeben hat. Manches zu verbessern wird es noch in den Arbeiterwohnungen in den Domänen geben. Das alte Schloß Bettin sollte durch ein Komitee für ein Veteranenheim angekauft werden. Selbstverständlich hat sich der Deutsche Kriegerbund dagegen ausgesprochen.

Abg. Weisermel (konf.): Den höheren Ertrag der Domänen begrüßen wir. Aber zu hoch darf man die Pächter auch nicht schrauben.

Abg. Dr. Fehder (Str.) tritt für einen Schutz des Weinbaues ein.

Abg. Dr. Dahlem (Str.): Die Regierung muß eine Disposition für die Winger einleiten.

Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer:

Im vorigen Jahre waren erhebliche Mittel seitens des Staates und der Verbände flüssig gemacht zur Bekämpfung der Weinschädlinge, besonders des Dorn- und Säuerwurmes. Es war nur die Bedingung gestellt, daß durch Ortstatut der Gemeinden die Bekämpfung sichergestellt werden soll, entsprechend dem Grundsatze, daß in der Regel nicht dem Einzelnen, sondern nur Gemeinden oder Genossenschaften aus Staatsmitteln Unterstützung zufließen kann. Ich bedauere lebhaft, daß am Rhein und Mosel sich noch verhältnismäßig wenig Gemeinden bereitgefunden haben, die Bekämpfung des Dorn- und Säuerwurmes genossenschaftlich zu organisieren. Die Folge davon ist zum Teil die schlechte Ernte von 1913 gewesen. Ich habe schon bei Bearbeitung des allgemeinen Etats meine Verwaltung darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre in großem Umfang die Schädlingsbekämpfung durchgeführt werden soll. Die neuen Mittel sollen in erster Linie auf den staatlichen Weinbergbau Verwendung finden. Damit wird auch neuer Mut und neue Hoffnung in Wingerkreise hineinkommen. Wenn es sich darum handelt, einen wirklichen Notstand zu beseitigen, dann stehen alle staatlichen Mittel zur Verfügung. Gegenüber der Befürchtung, daß der staatliche Weinbergbesitz an der Mosel noch weiter vermehrt würde, habe ich schon früher darauf hingewiesen, daß der staatliche Weinbergbesitz völlig ausreicht, seine Aufgabe zu erfüllen, nämlich möglichst für die Winger zu wirken, bei der Aufzucht ihrer Reben und beim Verkauf

beihilflich zu sein. Trotz der von den Winger gefährdeten Konkurrenz hat der staatliche Weinbergbesitz in Wirklichkeit dort für die kleinen Winger viele Vorteile gebracht und namentlich zur Hebung des Preises beigetragen. Er hat auch Aufklärung geschaffen darüber, welche Mittel zweckmäßig für die Aufzucht der Reben bei Veredlung und der Behandlungsweise im Keller angewendet werden. Für manche Bezirke, besonders der Nahe, hat er direkt eine Hebung des Nennommes zustande gebracht. Eine Zeitlang war es gar nicht möglich, einen Wein zu verkaufen, der als Ursprungsbezeichnung nur eine Lage an der Nahe nannte. Dies wurde erst anders durch die Errichtung einer Weinbergdomäne an der Nahe. Sie hat zweifellos einen großen Vorteil für die Nahe gebracht. (Beifall.)

Abg. Dr. Dahlem (Str.): Die Hergabe von Mittel ist an zu viele Formalitäten geknüpft.

Abg. Schulze-Pellum (konf.): Der Besuch von Nordern sollte auch minderbemittelten Kreisen ermöglicht werden. Wir sind gegen eine Verpachtung, da Nordern dann ein Luxusbad wie Duden werden würde.

Abg. Fährbringer (natl.): Seit 10 Jahren schon treten wir für eine Besserung der Verhältnisse in Nordern ein. Deshalb rufe ich dem Minister zu: Vah! uns doch endlich Taten sehen. Mit der oft gehörten Erklärung, daß Erwägungen schweben, ist uns nicht gedient. Andere unter staatlicher Aufsicht stehende Bäder florieren glänzend. Deshalb soll dies nicht auch in Nordern möglich sein. Es muß etwas für Nordern geschehen. Wir gehen nicht so weit, daß wir jede Verpachtung verwerfen, wir verlangen nur, daß die Einrichtungen in Nordern so umgebaut werden, daß sie der Ehre des preussischen Staates und den Verhältnissen der Gemeinde entsprechen. Die Gemeinde Nordern hat Vertrauen zum Minister. Abg. er es rechtfertigen. Auch an der Kellerei muß sich der Minister beteiligen. Er kann nicht die ganze Kellerei der Gemeinde überlassen. Ferner muß der Minister dem Verband der Nordseebäder beitreten. Durch seine Fernhaltung von diesem Verbande ist Nordern benachteiligt worden. Sodann darf die Kurtaxe nicht so hoch bleiben und endlich muß auch für Familien eine Ermäßigung erwirkt werden.

Abg. Arning (natl.): Ich kann mich dem, was mein Freund Fährbringer gesagt hat, nur anschließen. Die Verhältnisse auf Nordern schreien nach Abhilfe. Ferner sind Maßnahmen zur Hebung von Bad Reiburg nötig. Dieser ist noch nichts geschehen und doch ist die ganze Umgebung von diesem Bade interessiert.

Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer:

Wir ist der Vorwurf gemacht, daß die Regierung seit 10 Jahren Versprechungen abgegeben habe, aber trotzdem nichts für Nordern getan habe. Nun, für die vermeintlichen Fehler meiner Vorgänger bin ich doch nicht verantwortlich. Ich kann hier für das eintreten, was seit vier Jahren gesagt worden ist. Eine so wichtige Sache, wie die Regelung der Verhältnisse auf Nordern, läßt sich nicht von heute auf morgen erledigen; es sind zu viel verschiedene Interessen dabei zu berücksichtigen. Wir wollen Nordern als vornehm, aber auch dem Mittelstand erscheinendes Bad erhalten. Ein privater Unternehmer kann nun aber hier ganz anders sorgen, als der Staat es kann. In jedem Augenblick über 10.000 oder 100.000 Mark verfließen, während der Staat erst die Zustimmung des Finanzministers und dieses Hauses einholen muß. Die Bemühungen, einen Pächter zu erhalten, sind ohne Ergebnis geblieben. Die bisherigen Verhandlungen sind gescheitert. Gegenwärtig ist diese ganze Frage offen. Allerdings würde bei der Verpachtung der fiskalischen Gebäude, Hotel, usw., der Zustand des Betriebes des Bades selbst und die Kur- und Bädertaxe wohl schwerlich aus der Hand geben, oder der Staat würde sich unter allen Umständen das Recht vorbehalten, die Kur- und Bädertaxe nach seinem Willen zu bestimmen, denn sonst würde Nordern wohl zweifellos ein Luxusbad wie Duden werden. Es freut mich, dem Abg. Fährbringer mitteilen zu können, daß bezüglich der Elektrifizierung ein Vertrag mit den Siemens und Schudert-Werken zustande gekommen ist, bei dem auch die Gemeinde nicht zu kurz kommt. Es ist auch über die Höhe der Kurtaxe bei mehreren Familienangehörigen gesprochen worden. Ich weiß nicht, ob die Badegäste gerade Widerspruch erheben werden, wenn auch ihre Schwierigkeiten die volle Kurtaxe bezahlen muß. (Gelächter.) Aber es ist in Aussicht genommen, auch hier eine Milderung im Sinne des Abg. Fährbringer vorzunehmen. Der Abg. Arning hat auch das Bad Reiburg meiner Fürsorge empfohlen. „Bad“ kann man hier allerdings nur nach dem Sätze Lucius a non lucendo sagen, denn Bäder gibt es in Reiburg nicht. Das ist wohl auch der Grund, weshalb kein größeres Publikum dorthin zu ziehen ist. Ich weiß nicht recht, was zur Hebung des Bades geschehen soll, ich bin aber gern bereit, mich mit dem Vorredner über das Bad Reiburg zu unterhalten und seine Vorschläge anzuhören und ihn auch, wenn es möglich ist, in seinem Bestreben zu unterstützen. (Beifall.)

Abg. von der Olen (konf.) beantragt, den Domänenfonds an die Kommission zurückzuverweisen.

Abg. Hoff (fortsch. Vp.): Im Interesse der inneren Kolonisation müßten viel mehr als bisher Domänen aufgeteilt werden. Man sucht aber aus politischen Gründen, den Großgrundbesitz zu erhalten. Bei Freiwerden von Domänen müßten die umliegenden Kommunen bestraft werden, ob sie die Aufteilung wünschen.

Um 4 1/2 Uhr wird die Wetterberatung auf Freitag 12 Uhr vertagt.

Angriffe auf den Bauernbund im Reichstag.

Abg. Hestermann scheidet aus seinem Verhältnis als Gast der national liberalen Partei.

Im Reichstag ist es gestern zu Erörterungen gekommen, die als peinlich zu bezeichnen sind. Der Hospitant der national liberalen Partei, der Abgeordnete Hestermann, machte einen scharfen Vorstoß gegen Dr. Böhme und den Deutschen Bauernbund. Er mochte in manchem, was er sagte, Recht haben, unbedingt verwerflich war es, daß er es so darstellte, als ob der Bauernbund im freisinnigen Fahrwasser lege. Es ist bekannt, daß der Bauernbund, an sich eine durchaus selbständige Vereinigung, Beziehungen zur national liberalen Partei hat. Wenn nun Herr Hestermann den Bund als zum Freisinn neigend und ihn so gewissermaßen als landwirtschaftsfeindlich darstellt, ohne daß er von dieser seiner Absicht vorher der national liberalen Fraktion Kenntnis gab, so ist das ein Rückenstoß gegen die Partei, deren Gast er ist. Denn er mußte sich sagen, daß sich das Odium der Unzuverlässigkeit in der Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen, das er damit auf den Bauernbund schenkt, auch auf die Partei, die diesem Bunde notorisch politisch sehr nahe steht (und das ist, wie gesagt, die national liberale Partei) übertragen müßte. Sichtlich wären die Vorwürfe Hestermanns diskutabel, denn auch anderen Leuten schien es früher oft, als ob der Freisinn den Bauernbund für sich einfangen wolle. Das ist aber etwas anderes, als Hestermann sagte. Die freisinnigen Einflüsse, die dem Bauernbunde nimmermehr dienlich sein konnten, sind mehr und mehr ausgeschieden; was übrig geblieben ist, ist eine scharfe Kampfesfront gegen den Bund der Landwirte. Diese Stellung ist natürlich, denn als eine Kampforganisation der kleineren Landwirte gegen die Ansprüche und extremen Forderungen des im Bund der Landwirte organisierten Großgrundbesitzes war der Bauernbund gegründet. Die ganze Art und Weise aber wie Herr Hestermann seinen Angriff eingeleitet und geführt hat, war nicht so, wie man es von einem Gast der national liberalen Partei erwarten durfte. Der Angriff muß nach dem vorliegenden Bericht als ein planmäßiger Genickstoß nicht nur gegen den Bauernbund, sondern auch gegen die Partei, der Dr. Böhme ebenfalls angehört, aufgefaßt werden. Die Erklärung des Vorsitzenden der national liberalen Reichstagsfraktion, Herrn Baffermann, daß die Partei ihr Verhältnis zu Herrn Hestermann gelöst habe, ist daher eine selbstverständliche Folge des Auftretens Hestermanns. Herr Hestermann hätte richtiger gehandelt, wenn er die Angelegenheit innerhalb der Fraktion verhandelt hätte und, wenn er glaubte, hier nicht die gewünschte Unterstützung zu finden, selbst aus seinem Wahlverhältnis ausgeschieden wäre.

Der Sitzungsbericht.

(Telegraphischer Bericht der „Wiesbadener Zeitung“.)

h. Berlin, 29. Januar.

Präsident Roempp eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Die Beratung des

Etat des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt.

Abg. Hoesch (konf.): Die Handelsvertragsstaaten haben wohl nicht die Absicht, die Handelsverträge ohne weiteres zu verlängern. An dem System der Einfuhrschne halten

sie Dinge. Dann führen Equipagen vor und brachten uns nach Kreuth, ins Herz bayerischer Berge. Weg und Ansicht gefielen Tennyson ganz außerordentlich; sein Interesse wandte sich der Forstkultur zu, und auf der Fahrt hin und zurück wurde von nichts anderem gesprochen. Glücklicherweise fand sich in der Person unseres Freundes, Graf Toni Arco, ein Gutsbesitzer, der Tennyson Rede stehen konnte, u. so fuhr dieser, anscheinend befricdigt, abends weiter. Das war der Verlauf des kloppenden Herzens erwarteten Tages mit dem Dichter, der einige Zeit nachher, als achtzigjähriger Greis auf dem Solent nach seiner heimatischen Insel Wight eingeschifft, die Vision von „Crossing the Bar“ zum unsterblichen Abschiedsgedicht in die Welt sandte.

Auch die humoristische Note fehlt in diesen lebensvollen Erinnerungen nicht. Sie wird besonders in den allerliebsten Geschichten angedeutet, die Lady Charlotte von Samuel Wilberforce, dem Bischof von Winchester und Sohne des berühmten Menschenfreundes, zu erzählen weiß. Bischof Wilberforce war durch seinen schlagfertigen Witz berühmt. Ein kleiner Junge, dem es zu Ohren gekommen war, daß man dem Bischof seiner nie verlassenden Treue wegen den Spitznamen „Joan Sam“ (seifiger Sam) gegeben hatte, tritt mit der Frage an ihn heran, was das zu bedeuten habe? „Dieses vielleicht“, erwiderte Wilberforce, „daß ich die Hände oft in schmutziges Wasser tauchen muß und sie doch sauber erhalte.“

Bei einer Visitation in seiner Diözese klagten Gemeindeglieder, daß ihr Rektor gegen Herkulese Geplagenheit Tandem jähre. Sie fanden das anstößig. Der Bischof stellte denn auch den Rektor darüber zur Rede. Dieser antwortet, er besitze zwei Pferde, und es sei denn doch gleichgültig, ob er sie vor- oder nebeneinander anschnire. Kurz gefaßt entgegnete Wilberforce: „Ich habe zwei Hände, es ist aber nicht dasselbe, ob ich sie zum Gebet halte oder“ — er machte die von Gassenjungen beliebte Bewegung — „ob ich sie hinter- oder vordrücke“. Unabertroffen ist seine Antwort auf die Frage eines Tünchergesellen nach dem Weg zum Himmel:

„Take the first turn to the right and go straight on,“ zu Deutsch: „Erster Weg rechts und dann immer geradeaus!“

Kleine Erinnerungen an große Engländer.

Als die Gräfin Charlotte von Linden im Anfange der sechziger Jahre ihrem Gatten Sir Rowland Blennerhassett aus München nach England folgte, trat sie dort in die politische wie literarisch hochinteressante Gesellschaft des viktorianischen Zeitalters ein, und die Erinnerungen, die sie in der „Deutschen Rundschau“ an dies viktorianische England jetzt veröffentlicht, enthalten eine Fülle von feinen und anziehenden Jagen über die Persönlichkeiten der großen Männer dieser Gesellschaft. Den Protagonisten spielt da billig der damals in der Blütezeit seines Ruhmes stehende Gladstone. Ihn führte Lady Blennerhassett im Jahre 1879, als er sich mit Frau und Tochter einige Tage in München aufhielt, in Meister Penbachs Atelier. Auf des Künstlers Staffelei stand damals eines seiner berühmten Bismarckbildnisse. Gladstone betrachtete es lange, neigte sich hierauf zu Lady Charlotte und flüsterte ihr ins Ohr: „I know, I ought not to say so, but I think, it is the devil.“ (Ich weiß, ich sollte das nicht sagen, aber ich glaube, es ist der Teufel). So lange er lebte, fügt Lady Blennerhassett dieser charakteristischen kleinen Geschichte zu, habe ich von dieser nicht weniger als scherzend gemeinten Äußerung keinen Gebrauch gemacht. Heute, da auch von Bismarcks Abneigung gegen Gladstone so viele Zeugnisse vorliegen, besteht kein Grund mehr, sie zu verschweigen. Wenn Penbach eine Ahnung davon gehabt hätte, würde er sich vermutlich überhaupt geweigert haben, Gladstone zu malen.

Befriedigt schildert Lady Charlotte Blennerhassett die großen Gelehrten und Dichter des viktorianischen Englands. Bei dem fünf- und sechs in einem befreundeten Hause fanden die Modelle der Penronnet und ich ein Gespräch über Kunst im Gange. Der tonangebende Redner, ein alter Herr mit scharfen Jagen, die unwillkürlich an die Physiognomie des Fuchses erinnerten, stellte die Behauptung von der Überlegenheit der zeitgenössischen über alle vorangegangenen Kunstperioden auf. Einem der Anwesenden ging das denn doch zu weit. Er hielte sich auf den olympischen Ausdruck von Majestät im Antlitz, vor allem in den Augen des göttlichen Kindes auf den Armen der Sirtina. „That is a flout“ — ein Zufall — entgegnete der Alte: „Napoleon wußte, daß die Augenlider des Kindes das Auge selbst freilassen, während sie bei Erwachsenen die Pupille schnei-

den. Die Wahrnehmung führte dazu, dem Jesuskind der Sirtina dieses „Auge“ zu geben, und dadurch wurde der Ausdruck erzielt.“ Niemand antwortete; augenscheinlich hatte dieses einfache Rezept, ein Meisterwerk zu schaffen, seine überzeugende Wirkung verfehlt. Auf einen fragenden Blick, wer denn der Sprecher sei, flüsterte mit einem Lächeln die Freundin: Herbert Spencer! Ich sah ihn nie wieder. Bei Lady und bei Lord Arthur Russell begegnete man zuweilen Browning. Der Dichter, zu dessen Lebzeiten eine „Browning-Society“, der er nicht zu Hilfe kam, sich der Erklärung seiner tiefen, oft bis zur Unverständlichkeit sprachlich komplizierten poetischen Werke widmete, zeigte sich im Umgang in ganz anderem Licht. Sein Äußeres, weißes Haar, sein freundliches Gesicht mit Schür- und Knebelbart, seine kramme Haltung wirkten ungemein besser einem Dichter, als einem Poeten. Er unterließ sich zwanglos und heiter mit jedermann. Diefelbe gelehrte Dame, die einmal unseren alten Freund, Sir James Stephen, außer Rand und Band gebracht hatte, versagte sich nicht, im Laufe eines Diners die alberne Frage an Browning zu richten, wenn er, vor die Wahl zwischen einer überlegenen Frau und einer Herzogin gestellt, den Vorzug geben würde? „Oh, of course, a Duchess“ („Natürlich einer Herzogin“) klang es lächelnd zurück.

Der Dichter, der so recht die innerliche Seele des viktorianischen Zeitalters angedrückt hat, war Tennyson. Ihn sah Lady Blennerhassett am Ufer des bayerischen Tegernsees, in der Villa Arco Valley, begegnet. „Er war schon halb erblindet, in der Dämmerung des Lebens, der mit rückwärtiger Bärtlichkeit für ihn sorgte. Groß, achselstark gebaut, etwas vernachlässigt in der Kleidung, wortkarg und eigenmächtig in seinen Bewegungen, verriet auch Tennysons Neugier, im Alter wenigstens, den Dichter nicht. Die intim und vornehmlich auf dem Lande mit ihm verkehrten, vergötterten den Menschen ganz ebenso, wie sie den Dichter priesen. Den Fernerstehenden, uns unter anderen, flüchtete er Schen, um nicht zu sagen, eine gewisse Furcht ein. Da er zuweilen einzelnes aus seinen Dichtungen vorzutragen liebte, lagen dieselben auf verschiedenen Tischen und in der frohen Erwartung bereit, er werde nach einem oder dem anderen Band greifen und dann am Feuer seiner eigenen Kohlen erglänzen. Nichts von dem geschah. Bei Tisch und einige Zeit nachher bewegte sich das Gespräch um gewöhn-

N. Dalheim, 28. Jan. Gener. Hier brannte das Wohnhaus der Witwe Graf nieder. Die Frau konnte im letzten Augenblick noch aus den Flammen gerettet werden.

d. Bad Homburg v. d. H., 29. Jan. Ordensverleihung. Herrn Landrat a. D. Dr. von Brünning wurde der Rote Adlerorden 4. Kl. verliehen.

a. Oberursel, 29. Jan. Ordensverleihung. Herrn Generaldirektor Blumenthal wurde der Rote Adlerorden 4. Kl. verliehen.

W. Idstein, 29. Jan. Persönliches. Aktuar Breuling in Höchst ist an das hiesige Amtsgericht versetzt worden.

z. Bon der Lahn, 28. Jan. Eisprengungen. Das Agl. Wasserbauamt Diez läßt gegenwärtig in der Nähe der Lahnbrücke in Limburg durch eine Anzahl Arbeiter Eisprengungen vornehmen, um einer event. Ueberschwemmungsgefahr vorzubeugen. Weiter sollen noch im Gebiete der oberen Lahn bei Gießen und Weilburg Sprengungen stattfinden. Die letzten Sprengungen des Jahres machten sich im Jahre 1891 nötig; die Arbeit wurde damals von Pionieren aus Koblenz ausgeführt.

□ Kunkel, 28. Jan. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde als Vortragsamtstrat Buchsieb, als dessen Stellvertreter Mühlenbecker Amend wiedergewählt. Als Schriftführer wurde Rechnungsrevisor Heymann wieder und als dessen Stellvertreter Bauunternehmer Hemming neugewählt. Die Jahresrechnung 1912/13 schließt mit einer Mehreinnahme von 763 M. ab. Die Stadtverordneten bewilligten dem hiesigen Ziegenzüchterverein eine einmalige Beihilfe von 35 M. zur Anschaffung von reinrassigen Zuchtmaterial unter der Bedingung, daß der Verein mindestens den gleichen Beitrag bewilligt.

□ Schade, 28. Jan. Wasserleitung. Unsere Gemeinde hat in der Gemarkung Artur eine Quelle zum Preise von 5000 M. erworben. Die Wasseraufschlußarbeiten am Bau einer Hochdruckwasserleitung wurden den Gebrüdern Krichner in Steeden übertragen.

□ Falkenbach, 28. Jan. Turnfest. Dem hiesigen Turnverein wurde das Bezirks-Turnfest des Mittel-Lahn-Bereichs für 1914 übertragen. Als Tag des Festes wurde der 21. Juni bestimmt.

W. Heringen, 29. Jan. Justizpersonale. Gerichtssekretär Peiß, zurzeit in Hochheim, ist dem hiesigen Amtsgericht als Hilfsrichter überwiesen.

u. Rhenisch, 29. Jan. Persönliches. Herr Dachdeckermeister Franz Schrauth erhielt die Rote Kreuzmedaille 3. Klasse. — Herrn Kreissekretär Rath wurde der Charakter als Rechnungsrat verliehen.

□ Stromberger Reuhütte, 28. Jan. Ueber das rätselhafte Verschwinden des Stationsgehülfen Jäger, von dem wir neulich berichteten, beginnt sich allmählich Licht zu verbreiten. Es war Jäger bekannt geworden, daß anschließend an eine kürzliche Gerichtsverhandlung ein Verfahren wegen Verleitung zum Meineid gegen ihn in Aussicht stand. Die Verleumdung, die inzwischen ein Haftbefehl gegen ihn erlassen. Dem Vernehmen nach soll er sich in Paris aufhalten.

— ch. Garbenheim bei Wehlar, 28. Jan. Gerettet aus der Lahn. In großer Lebensgefahr schwebte am Dienstag der 13jährige Sohn des Hauptlehrers Hoffmann. Er hatte mit seinen Schulfreunden die Lahn betreten und war dabei eingeklinkt. Nur mit größter Anstrengung vermochten ihn zwei Kameraden aus dem nassen Element herauszuheben.

Gericht und Rechtspredung.

Eine Abenteuerin. Ein förmlicher Roman spielte sich vor der Strafkammer in Mainz ab. Die bisher unbefragte siebenundzwanzigjährige Schauspielerin G. aus Marburg, wohnhaft zuletzt in Wiesbaden, hatte sich wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu verantworten. Es wurde ihr zur Last gelegt, in den Jahren 1912 und 1913 eine Pensionsbekräftigung in Wiesbaden um 200 M., einen Wirt von Mainz um 2800 M. und die Frau eines Mainzer Kaufmanns um 1200 M. betrogen zu haben. Ferner soll sie auf den Namen eines Amtsgerichtsrats von Mainz und auf den Namen der Schwägerin des durch Selbstmord getöteten Kreisarztes, Medizinalrats Dr. L. in Mainz, Schriftstücke gefälscht und davon Gebrauch gemacht haben. Die Angeklagte lernte vor fünf bis sechs Jahren in Wiesbaden den Kreisarzt Dr. L. kennen. L. interessierte sich sehr für die Angeklagte, die damals unter dem Künstlernamen Luigi Douglas in Wiesbaden schauspielte. Er veranlaßte sie, nach ihren Angaben, der Bühne zu entsagen. Zu ihrer Aushaltung verwendete Dr. L. namhafte Beträge, die er ihr monatlich auszahlte. Im September 1912 wurde die Angeklagte mit der Todesnachricht des Dr. L. überfallen. Es wurde ihr mitgeteilt, daß der Nachlaß des Verstorbenen stark überschuldet sei. Die G. geriet, da die Zuwendungen des Arztes aufhörten, in große Not. Da sie nicht zahlen konnte, schwindelte sie der Pensionsinhaberin vor, daß sie aus dem Nachlaß des Dr. L. mehrere tausend Mark erhalte. In dieser Zeit wendete sie sich nach Mainz an die oben erwähnte Kaufmannsrau, mit der sie durch einen Bekannten bekannt geworden war. Auch dieser schwindelte sie vor, daß sie 5000 Mark aus dem Nachlaß des Dr. L. erhalte. Um diese unwahren Angaben besonders glaubhaft zu machen, fälschte sie einen Brief auf den Namen der Schwägerin des Verstorbenen, worin ihr die Auszahlung der 5000 Mark zugesichert wurde. Sie drängte die Kaufmannsrau um Geld und erhielt von dieser nach und nach 4000 Mark. Der Angeklagten war inzwischen der Boden in Mainz und Wiesbaden zu heiß geworden und sie begab sich nach Aachen, wo sie nach erfolgter Anzeige im November verhaftet wurde. Sie wurde zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte nahm die Strafe an.

Sport.

□ Pau, 29. Jan. (Privattelegr.) Prix des Femmes. 2000 Fr. 3000 Meter. 1. Comte P. du Berdiers France (Mattonnave), 2. Hambleton Ruffie, 3. Raton II. 16 liefen. Tot. 115:10, Pl. 30, 25, 80:10. — 2. Prix de la Société des Steeple-Chases de France. 2600 Fr. 3400 Meter. 1. Georges Breis Jacharie (Powers), 2. Calendal, 3. Bostou IV. 10 liefen. Tot. 249:10, Pl. 43, 19, 34:10. — 3. Prix de la Société des Steeple-Chases de France. 5000 Fr. 4000 Mtr. 1. Baron La Cases Better (Mai), 2. Urbaine, 3. Bonjour II. 17 liefen. Tot. 198:10, Pl. 65, 25, 54:10. — Prix de la Pelouse. 8000 Fr. 3000 Meter. 1. D. Guichiers Rérac (P. Kallen), 2. Conscrit, 3. Beau Rivage II und Capitaine Bracasse 4. 18 liefen. Tot. 28:10, Pl. 15, 20, 18:10.

Vermischtes.

Der Teufelsdröckchen.

Aus Fahrze (D. Schl.) wird dem „Br. L. G. M.“ berichtet: Auf Veranlassung des Pfarramts St. Anna ist hier in der Gabrielstr. Wohnung in der Cecilienstraße ein Mann festgenommen worden, der dort schon seit November vorigen Jahres den trübsinnigsten Umgang mit religiösen

Einrichtungen trieb. Der Fremde gab sich als „Heiliger Geist“ in Menschengestalt, französischer Abkö und polnischer Papst aus, hielt in einem hierzu eingerichteten Zimmer Gottesdienst ab, predigte, „trieb den Teufel aus“ und ließ sich für jedes Besprechen mit Wasser fünf Mark zahlen. Scharenweise kamen Menschen nicht nur von hier, sondern auch aus der Umgegend nach jener Wohnung, beichteten dort und ließen sich mit Weintrauben kommunizieren. Das Pfarramt St. Anna kam dem Treiben auf die Spur. Es benachrichtigte hierüber die Polizei und diese zog in das Haus ein. Einer Verhaftung standen aber Schwierigkeiten entgegen, zumal sich der „Teufelsdröckchen“, „Prediger“ und „Polnischer Papst“ verborgen hielt, und die Inhaber der Wohnung alle Mittel anwandten, um den Mann der Verhaftung zu entziehen. Erst bei genauer Durchsuchung des Schlafzimmers fand man ihn hinter einem Bett verborgen vor. Als der Mann sah, was los war, kniete er nieder, segnete das Haus und ließ sich von allen die Hände fassen. Das ganze Haus wurde mobil und fast alle hätten beinahe gegen die Polizei eine drohende Haltung eingenommen. Ruhig folgte der Verhaftete der Aufforderung der Beamten zur Wache. Dort stellte es sich heraus, daß der Mann schon vor drei Jahren denselben Umgang getrieben hatte. Das Volk glaubte an seine Wunder und Werke und weinte bitterlich, als er abgeführt wurde. Er entpuppte sich aber als ein Tischlergeselle, namens Johann Bickmann, zuletzt Patrinenwärter in Vries, der schon wegen allerlei schwerer Verbrechen mit Zuchthaus verurteilt ist. Im November vorigen Jahres war er aus der Koblenz Irrenanstalt mit noch einem zweiten Komplizen entflohen.

Die Hochzeitsreise im Unterseeboot.

Wo können Hochzeitsreisende aus den oberen Zehntausend New-York die Mitterwochen zubringen, ohne der Neugier amerikanischer Zeitungsleute preisgegeben zu sein? Einzig im Unterseeboot, und so hatte denn einer der New-Yorker Exmillionäre, der sich soeben verheiratet hat, den Plan gefaßt, eine unterseeische Hochzeitsreise zu machen, mit dem seine Frau auch durchaus einverstanden war. Nichtsdestoweniger ist es der amerikanischen Presse doch gelungen, wenigstens einige Einzelheiten über diese merkwürdige Hochzeitsreise zu ermitteln: der Hafen war nämlich der; es war nämlich, eine Kammerjungfer aufzutreiben, die genug Mut zu dem fahnen Unternehmen besaß, und als das Unterseeboot zum erstenmale wieder einen Hafen anließ, benutzte sie die Gelegenheit, um durchzubrennen.

Kurze Nachrichten.

Einbruch ins britische Konsulat. Man meldet aus Petersburg: Am Mittwochabend sind Eindringler in das Gebäude des britischen Generalkonsulats eingedrungen. Die Diebe konnten ungehindert die Schätze sprengen und sich alles Wertvolle aneignen. Man vermutet eine goldene Uhr und eine Anzahl von Schmuckgegenständen. Man befürchtet, daß außerdem noch politische Dokumente von großer Wichtigkeit gestohlen worden sind.

Die Rasse einer österreichischen Gemeinde geraubt. In Frankenburg bei Gmunden haben Diebe nachts die Gemeindefasse mit dem gesamten Gemeindevermögen im Betrage von 110 000 Kronen geraubt. Polizeibehörden haben die Spur der Diebe gefunden.

Untergang eines deutschen Segelschiffs. Auf der Reise von Bornholm nach Hamburg ist der Dreimastschoner „Vorwärts“, der mit Klütern beladen war, untergegangen. Die Besatzung von drei Mann ist ertrunken.

Verhaftung dreier Deutsche in Paris. Die Polizei in Nizza verhaftete drei Deutsche, und zwar einen Johann Lenz, genannt der rote Hans, Anton Weinfortner, und einen gewissen Kreiselmeier. Sie waren des Betrugs im Spiel überführt worden.

Lezte Drahtnachrichten.

Das Entlassungsgesuch der Straßburger Regierung.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt an erster Stelle ihres politischen Tagesberichtes:

Der Statthalter von Elsaß-Lothringen Graf Wedel hat sein schon im Dezember eingereichtes Abfchiedsgesuch erneuert. Wie wir erfahren, haben auch Staatssekretär Freiherr Jörn von Bülach und die Unterstaatssekretäre Dr. Petri, Mandel, Köhler erneut um ihre Entlassung gebeten. Die kaiserliche Entscheidung wird voraussichtlich in den nächsten Tagen fallen.

Entlarvter Betrüger.

Aus München meldet der Draht: Der verurteilte Betrug gegen die Arbeitslosen, der anfangs November so großes Aufsehen erregte, scheint endlich Aufklärung zu finden. Unter dem dringenden Verdacht, den großangelegten Schwindel ins Werk gesetzt zu haben, ist jetzt in München ein 33 Jahre alter Mechaniker Friedrich Teiner verhaftet worden. Teiner hatte im Zentrum der Stadt eine große Wohnung, angeblich als Geschäftsführer für eine Zweigniederlage der deutschen Zentrale für Arbeiter- und Gefangenensfürsorge, mit dem Sitz in Leipzig, gemietet, Möbel bestellt und etwa ein Duzend Schreibmaschinistinnen gegen hohes Gehalt angestellt. Er gab an, daß er die Genehmigung der Regierung für Oberbayern habe. Schon im Jahre 1907 hatte er einen ähnlichen Schwindel verübt und war entlarvt und verhaftet worden. In der letzten Zeit legte er sich hauptsächlich auf den Heiratschwindel.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Preussische Pfandbrief-Bank.

Nach dem soeben erschienenen Geschäftsbericht hat die Preussische Pfandbrief-Bank im verfloßenen Jahr einen Bilanzmäßigen Reingewinn von 3 678 127 M. gegen 3 540 018 M. im Vorjahre erzielt. Vor der Festlegung dieses Reingewinnes aber sind 200 000 M. für Wehrsteuer und 90 000 M. für Reichstempel zurückgestellt. Einer Uebung des Instituts entspricht werden von dem Gewinn zunächst folgende, späteren Jahren zuzurechnende Beträge abgesetzt: 527 172 M. für die Agio-Reserve und 160 579 M. für die Provisions-Reserve. Für die weitere Verteilung macht die Verwaltung nachstehende Vorschläge: 8 Prozent Dividende mit 1 920 000 M. wie im Vorjahre, 400 000 M. für die Außerordentliche Reserve, 150 000 M. für Zonsteuer. Nach Abzug der Entnahmen von 118 588 M. bezw. 107 294 M. verbleiben als Vortrag 285 492 M. gegen 261 160 M. im Vorjahre. Nach diesen Zuweisungen betragen die Reserven der Bank 12 948 974 M. bei 24 000 000 M. Aktienkapital.

Im Bericht wird im ähnlichen Sinne wie die Aeußerungen anderer Hypothekendarlehen auf die ungünstigen Verhältnisse im Hypothekengeschäft hingewiesen und ein

vollständiges Darniederliegen des Baumarcktes konstatiert. Der Neu-Erwerb von Hypotheken bewegte sich in engen Grenzen. Die Grundstücksbesitzer nahmen den höheren Zinsanprüchen gegenüber eine abwartende Stellung ein, und die Bank selbst war zu größeren Geschäftsbefähigungen des mangelnden Geldzuflusses wegen auch wenig geneigt. Dagegen war sie mit der Prolongation älterer Hypotheken in ausgedehntem Maße beschäftigt. Bei allem dem Hypothekendarlehen hierbei bewiesenen Entgegenkommen konnte neben einer mäßigen Provision ein etwas höherer Zinsfuß als der bisherige bedungen werden. Das Pfandbriefgeschäft war ungünstig. Die Kapitalisten wandten ihr Interesse höher verzinslichen industriellen Obligationen und ausländischen Anleihen zu oder verwerteten ihr Geld zu den hohen Zinssätzen des offenen Geldmarktes. Sehr eingehend hat die Verwaltung die Frage erwogen, ob es tunlich sei, vom 4prozentigen Pfandbrief-Typus zum 4½prozentigen überzugehen. Sie hat diese Frage verneinen müssen. Im Hypothekengeschäft wurden 33 Darlehen mit 2 522 000 M. gewährt gegen 98 mit 10 358 000 M. im Vorjahre und 211 mit 30 510 000 M. im Vorjahre. Der Durchschnittszinssatz betrug 4,61 Prozent, in den beiden Vorjahren 4,44 Prozent und 4,28 Prozent. Ausgegeben wurden 4 228 500 Mark, zurückgezahlt 7 468 500 M., so daß sich der Hypothekenbestand um 3 245 000 verringert hat.

Bei den Zwangsversteigerungen, die sich auf 73 gegen 62 i. V. belaufen, hatte die Bank Grundstücke nicht zu übernehmen. Die bei diesen Zwangsversteigerungen und den Zwangsverwaltungen gemachten Beobachtungen haben aufs neue bestätigt, daß die bestehenden Gesetze Bestimmungen, wonach eine Veräußerung über die Grundstücksrenten zu Ungunsten der Hypothekengläubiger möglich ist, dringend der Abhilfe bedürfen. Der Bericht beklagt es, daß die Mieten eines Grundstücks, die einen wesentlichen Schätzungs-factor bei der ursprünglichen Verleihung für den Hypothekengläubiger bilden, hinterher dem Zugriff anderer Gläubiger, die zu dem Grundstück selbst in keinerlei Beziehung stehen, ausgesetzt sind, und gibt gern der Erwartung Ausdruck, daß durch Aenderung der in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen diese Uebelstände in ganz besonderem Interesse der zweifelhafte Hypothekengläubiger in nicht zu ferner Zeit beseitigt sein werden. Bei den freiwilligen Verkäufen bestehender Grundstücke lagen die Forderungen der Bank durchschnittlich innerhalb ca. 57 Prozent der Verkaufspreise.

Im Kommunal-Geschäft, in welchem ein ungewöhnlich harter Eingang von Darlehnsge suchen zu verzeichnen war, wurden entsprechend dem Abfall der Kommunal-Obligationen neue Abfälle mit 3 545 000 Mark getätigt, die sich meist auf Stadt- und Landgemeinden verteilten. Der gesamte Bestand an Kommunal-Darlehen hat sich auf 94 263 528 M. erhöht. Der Abfall in den Hypotheken-Pfandbriefen war um 3 542 500 M. geringer als der Rückfluß, dagegen wurde in Kommunal-Obligationen ungefähr die gleiche Summe mit 3 576 100 M. mehr abgesetzt, so daß hierdurch die Minderabfälle an Pfandbriefen ausgeglichen wurde.

Telegraphische Kursberichte.

Berlin, 29. Jan. Die feste Tendenz trat heute erneut auf dem Bankmarkt in den Vordergrund; während Montanwerte abgeschwächt blieben, konnten unter Führung von Creditaktien die leitenden Banken wie Handelsbank, Darmstädter, Deutsche, Disconto und Dresdener im Kurse anziehen. Wesentlich höher setzten Prinz-Deinrich-Bahn ein, die von der besseren Strömung der letzten Zeit noch nichts profitiert hatten. Ferner sind Elektrische Aktien wieder als sehr fest hervorzutreten; Edison konnten im Verlauf ein Prozent, Schuckert 1½ Proz. anziehen.

In dreiprozentiger Reichsanleihe drückten anfangs Realisierungen, so daß die erste Notiz (76.10) 0.10 unter dem gestrigen Schluss war. — Das Geschäft nahm in der zweiten Stunde einen lebhafteren Charakter an, als die Ermäßigung der englischen Bankrate von 4 auf 3 Proz. bekannt wurde. Bankaktien und auch Schiffahrt, nach anfänglicher Schwäche, tendierten nach oben; dreiprozentige Reichsanleihe avancierte bis auf 78.50. Schließlich wurde der Montanmarkt von der Festigkeit mitgezogen und die Kurse erreichten auch auf diesem Gebiete wieder ihren höchsten Stand, Laurahütte hanfierend.

Der Privatdiskont zog um ¼ auf 3 Proz. an.

Discontomäßigung in Frankreich.

Die Bank von Frankreich hat, wie aus Paris, 29. Jan., gemeldet wird, den Diskont von 4 auf 3½ Proz. ermäßigt. Der Lombardsatz blieb mit 4½ Proz. unverändert.

Berlin, 29. Jan. 3 Uhr nachm. Nachbörse. Creditaktien 206. — Handelsbank 160½. Deutsche Bank 255½. Disconto-Kommandit 133½. Dresdener Bank 155½. Staatsbahn 155.50. Canada 215.60. Bochumer 222.60. Laurahütte 160.10. Gelsenkirchen 195.10. Harpener 186½.

Frankfurt, 29. Januar. Effekten- und Wechselmarkt. Creditaktien 206½. Staatsbahn 155.75. Lombarden 22.10. Disconto-Kommandit 133. — Gelsenkirchen 195.37. Laurahütte 160.37. Ungarn 85.10. Italiener —. —. Türkenlose —.

	Paris.	Bl. Kurs.	Deut. Kurs.	Reit.
2proz. Rente	85.85	85.85		
3proz. Italiener	96.70	96.70		
4proz. Russen kon. I u II	90.50	90.50		
4proz. Spanier	89.20	89.60		
4proz. Türken (unifiz.)	85.35	85.50		
Türkische Bote	202.50	202.50		
Metropolitain	540.—	545.—		
Banque Ottomane	638.—	638.—		
Rio Tinto	1791.—	1817.—		
Chartered	26.—	27.—		
Debeers	467.—	472.—		
Goldrand	54.—	56.—		
Goldfields	63.—	67.—		
Randmines	155.—	160.—		

Schluss fest.

Druck und Verlag: Wiesbadener Verlagsanstalt G. m. b. H. (Direktion: Seb. Riedner) in Wiesbaden. Chefredakteur: Bernhard Grothaus. — Verantwortlich für Politik: Bernhard Grothaus; für Heilwesen und Volkswirtschaftlichen Teil: Dr. C. Eisenberger; für den abtönen redaktionellen Teil: Carl Dieckel; für den Anzeigenteil: Paul Langer. Sämtlich in Wiesbaden.

Auf kaum über 1 Pfennig stellt sich eine Tasse

SANGHO JEE

Diese vorzügliche und durch ihre Ausgiebigkeit im Gebrauch so billige Teemischung ausschließlich britisch-indischer Teesorten ist zum täglichen Genuß ganz besonders geeignet. Das 125 Gr. Paket 30 Pfg. (1/2, Ko. Paket 22. 3.50). Gratisproben bei Friedrich Groll, Wiesbaden, Goethestraße 13, Ecke Adolfsallee, Telyphon 505. 222

